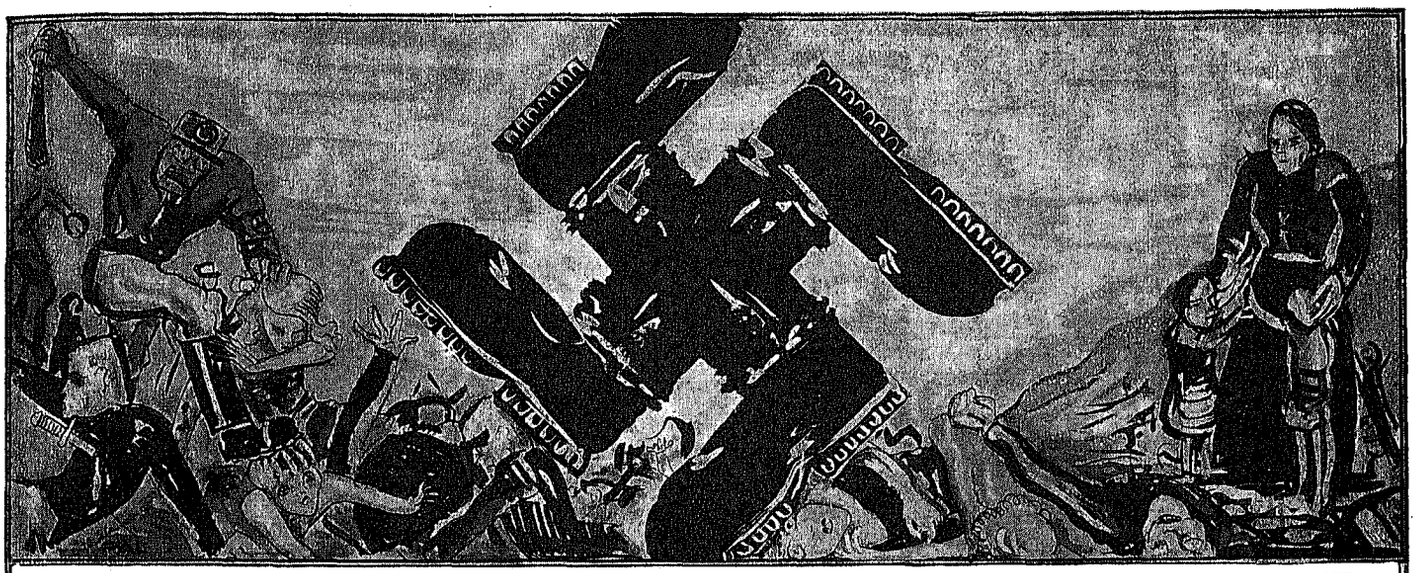

HAKENKREUZ ÜBER DEUTSCHLAND

No. 23. Amsterdam

Sinkender Lebensstandard. (I.T.F.) Es herrscht Panikstimmung in Deutschland. Der Ausfuhrüberschuss ist ausserordentlich zurückgegangen und reicht nicht einmal zur Aufrechterhaltung des Zinsendienstes. Der Import wurde vornehmlich auf Rohstoffe für die deutsche Rüstungsindustrie beschränkt, die Versorgung des 60-Millionenvolks mit den für Ernährung und Kleidung unbedingt erforderlichen Rohstoffen ist gefährdet. Monatelang hatte die nationalsozialistische Propaganda von Siegen berichtet. Die Verkündung des Transfer-Moratoriums liess breite Massen plötzlich erkennen, dass die Siegesmeldungen der nationalsozialistischen Regierung Lüge und Betrug waren. Das Schreckgespenst des Hungerwinters von 1917 taucht wieder auf, jenes Kriegswinters, in dem in Deutschland Papierstoffe zu Kleidung verarbeitet wurden, Holzsohlen als Leder-Ersatz Verwendung fanden, Fahrräder und Autos die fehlende Gummibereifung durch Drahtspiralen ersetzten. Es fehlte an Fett, an Brot und an Fleisch -- die Erinnerung an diese Hungerjahre löste eine Panikstimmung aus.

Die beruhigenden Reden der Nationalsozialisten helfen nichts mehr, die Panikstimmung wächst. Wer auch nur über etwas Geld verfügt, kauft auf Vorrat, er hamstert. "Man deckt sich wieder einmal ein in Deutschland. In Kaffeekränzchen tauscht man Rezepte über unverderbliches Öl und bayrisches Butterfett, um (im Juni! Red.) für den Winter gerüstet zu sein. Der Zigarrenhändler empfiehlt seinen Stammkunden, sofort eine ganze Kiste mitzunehmen". "Ein beliebtes Gesellschaftsspiel ist die Frage geworden, ob man schon (im Juni! Red.) die Wintermäntel habe. An allen Ecken und Enden hört man davon, dass der Einkauf des Wintermantels die beste Kapitalanlage sei". Das Zentralorgan der nationalsozialistischen Partei, der "Völkische Beobachter", schildert so (am 6. und 16. Juni) den "allgemeinen Run auf Güter mit ausländischen Rohstoffen". Der Umsatz in Kleiderstoffen ist bereits im April um 30% gegen 1933 gestiegen. Trotz Einsatz der Polizei und der SA greift das Auf-Vorrat-Kaufen immer weiter um sich, die Preise ziehen an.

Arbeitslose, Arbeiter und kleiner Mittelstand haben kein Geld, um auf Vorrat zu kaufen, bei ihnen reicht es nicht einmal zum Lebensnotwendigsten. Sie müssen zusehen, wie die Vermögenden sich

eindecken. Für sie erscheinen in den Läden Ersatzstoffe, die auf Befehl der Regierung als "vollwertige Ware" zum vollen Preis verkauft werden müssen. "Die Beschränkung des Lebensstandards" ist, wie der Leiter des deutschen Bankierverbandes feststellt, die Folge. Allerdings nicht des Lebensstandards der Bankiers, Junker und Industriellen, sondern der breiten Massen des arbeitenden Volkes, das mit Ersatzstoffen betrogen wird und bei den steigenden Preisen nur einen Lohn-Ersatz in der Lohntüte findet.

Spiele, aber kein Brot. (I.T.F.) Die nationalsozialistische Diktatur hat die Margarine, die in Deutschland Volksnahrungsmittel ist, mit der ungeheuern Steuer von jährlich 196 Millionen RM belastet und gleichzeitig die Margarineproduktion eingeschränkt, um, wie ausdrücklich verkündet wurde, durch die Verteuerung der Margarine den Butterverbrauch zu heben. Butter war für den deutschen Arbeitslosen längst ein unerschwinglicher Luxusartikel geworden, im Dritten Reich wurde sie auch für immer weitere Kreise unerreichbar, nun mussten sie auch auf Margarine verzichten. Die Regierung sah sich zum Eingeständnis gezwungen, dass 20 Millionen das vom Nationalsozialismus verteuerte Fett nicht mehr kaufen konnten. Sie musste für 20 Millionen, für jeden dritten Deutschen, "Fettkarten" ausgeben, die zum Bezug einer kleinen Menge von verbilligter Margarine schlechtester Qualität berechtigen.

Jetzt kommt zur Fettpreissteigerung die Brotpreiserhöhung, vom "Völkischen Beobachter" (am 17. Juni) kaltschnäuzig angekündigt. In der Reichsdruckerei werden bereits Brotkarten gedruckt, die jeder Deutsche aus der Zeit der Brotrationierung während des Krieges in unliebsamster Erinnerung hat. Wie zum Hohn wird gleichzeitig von der neuen Etappe des Arbeitsbeschaffungsprogramms angekündigt: "Im Rahmen des besonderen Berliner Arbeitsbeschaffungsprogramms, des sogenannten Goeringplans, wird vom 15. August bis zum 15. September auf dem Tempelhofer Feld ein grosses Volksfest durchgeführt. Man plant grosse sportliche Veranstaltungen, historische Festlichkeiten und Trachtenschauen, allabendlich ein Feuerwerk". Das Knallen der Feuerwerkskörper soll das Knurren der Magen übertönen.

Wendung der Arbeitsschlacht: Kürzung der Hungerlöhne. (I.T.F.) Der Bankrott des Dritten Reiches ist nicht mehr zu vertuschen. Die braunen Heuschrecken haben die Kassen leergefressen, das Dritte Reich muss saniert werden. Die Sanierungspläne werden in keiner Volksvertretung entworfen, das Volk wurde aller Vertretungen beraubt. Der Reichsfinanzminister reist von einem "Herrenklub" zum andern und entwickelt vor den "Herren", den Bankiers, Industriellen und Junkern, den Plan der Sanierung auf Kosten der Arbeiter.

An vier Stellen könnten Millionen erspart werden: am aufgeblähten Terrorapparat der braunen Diktatur, an den fieberhaft gesteigerten Rüstungen, an den Subventionen für den Grossbesitz und an den Sozialausgaben.

Gespart wird ausschliesslich an den Sozialausgaben. Im Leipziger "Herrenklub" hat der Reichsfinanzminister am 13. Juni mitgeteilt, dass die Sanierung rücksichtslos durchgeführt würde. "Wir werden künftig nicht mehr in der Form des vorigen Jahres zusätzliche Arbeitsbeschaffungs-Massnahmen einleiten". Der Staatssekretär für Arbeitsbeschaffungsfragen Reinhardt hat mitgeteilt, wie die nationalsozialistische Diktatur die Arbeitsschlacht in anderer Form auf Kosten der Arbeiter fortsetzen wird: 200 000 Frauen sollen in der laufenden Etappe der Arbeitsschlacht ihren Arbeitsplatz verlieren, weitere 300 000 Jugendliche sollen als "Landhelfer", als Landarbeiter ohne Lohn, nur gegen freie Station und ein Taschengeld arbeiten; 220.000 bleiben in den Arbeitslagern zu dem herabgesetzten Tagentgelt; 600 000 schulentlassene Mädchen werden den Hausfrauen als "Lehrlinge" ohne Lohn angeboten. 3-500 000 weitere erwachsene Arbeitslose sollen als Notstandsarbeiter beschäftigt werden. Die eigentlichen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen werden auf ein Minimum beschränkt, das Reich wird keine weiteren Gelder mehr zur Verfügung

stellen. Die Zwangsarbeit wird ausgedehnt.

Die Reichshauptstadt Berlin hat unter Führung General Görings die neue Methode in die Praxis umgesetzt. Nach Erklärung der Berliner Arbeitsämter wird "den Arbeitslosen der Stadt Berlin planmässig auswärtige Arbeit angeboten. Jüngere Personen sollen in erster Linie in der Land- und Hauswirtschaft sowie im Arbeitsdienst untergebracht werden. Für Verheiratete und ältere ledige Angehörige aller Berufe bieten sich dagegen Beschäftigungsmöglichkeiten bei den auswärtigen Notstandsarbeiten.

Kein Berliner Volksgenosse darf (!!) sich dem Appell entziehen. ....Wer die Annahme auswartiger Beschaftigung verweigert, schädigt sich selbst und gefährdet den Unterhalt seiner Familie, da ihm bestimmungsgemäss die Unterstützung entzogen oder doch zum mindesten weitgehend gekürzt werden muss". Die Jungerwerbslosen erhalten keinen Lohn, die --von den "Schützern der Familie" -- von ihren Familien getrennten, zur Zwangsarbeit verschickten Arbeiter müssen zu netto 19 Pf. Stundenlohn arbeiten. Nach uns vorliegenden Lohntüten wird durchschnittlich ein Brutto-Stundenlohn von 44 Pf. angesetzt, Verheiratete kommen im günstigsten Falle auf 48 Wochenstunden. Für Sozialbeiträge wird (im Durchschnitt) wöchentlich 1.83 RM abgezogen, 10 RM wöchentlich werden direkt vom Unternehmer vom Lohn einbehalten und zur Entlastung der von der Gemeinde an die Familie zu zahlenden Unterstutzung abgeführt. 50 Pf. wöchentlich werden als Rate für die vom Arbeiter zu bezahlende Arbeitsausrüstung (es handelt sich vorwiegend um Tiefbau) abgezogen. Der Gesamtabzug beträgt wöchentlich 12.33 RM, also 25 Pf. von jedem Stundenlohn. Dem Arbeiter bleiben 19 Pf. pro Stunde.

Die Nationalsozialisten sind nicht mehr in der Lage, auch nur den Schein der Arbeitsbeschaffung zu vollem Lohn zu wahren. Mit brutaler Offenheit führen sie jetzt ihre Schlacht gegen die Arbeitslosen in verschärfter Form durch: Zwangsarbeit ohne Lohn für Jungerwerbslose, Zwangsarbeit zu netto 19 Pf. Stundenlohn für die verheirateten Erwerbslosen.

Arbeitslose setzen sich zur Wehr.(I.T.F.) Nach dem Vorbild der Reichshauptstadt Berlin wird die Wendung der Arbeitsschlacht im ganzen Reiche mit aller Schärfe durchgeführt. Unterernährte erwerbslose Arbeiterinnen werden zu schwerster Landarbeit gezwungen; weigern sie sich, so wird ihnen die Unterstutzung entzogen. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung berichtete bereits: "Zum Teil wird die Beobachtung gemacht, dass weibliche Kräfte das Arbeitsamt meiden aus Furcht, in die Landwirtschaft vermittelt zu werden".

Im Industriezentrum Leipzig müssen künftig alle von der Stadt unterstützten Erwerbslosen unter 50 Jahren für die Stadt arbeiten. Die nationalsozialistische Gemeindeverwaltung hofft, dass sich zahlreiche Erwerbslose weigern werden, zu den niedrigen Unterstützungssätzen volle Arbeit zu leisten. Sie will die Opponierenden aus der Liste der Unterstützten streichen und gleichzeitig Unterstützung und Gemeindearbeiterlöhne sparen.

Von diesen Massnahmen werden unterschiedslos erwerbslose "Marxisten" und Nationalsozialisten erfasst. Die Parteiunterschiede beginnen zu verblassen, der Klassengegensatz tritt in den Vordergrund. Gemeinsam setzen sich Erwerbslose zur Wehr. Es kümmert sie nicht, dass Streiks verboten sind; gegen ihren geschlossenen Widerstand sind die Nazibonzen wehrlos. Im Arbeitslager D. hatte man den 60 Familienvätern aus der entfernten Grossstadt täglich neben anderen Abzügen über 1 RM für Unterkunft und Verpflegung in den Baracken abgezogen. Unter Führung uniformierter SA-Leute verlangte die Belegschaft des Lagers freie Verpflegung und Unterkunft neben dem vollen Lohn. Landrat, Regierungspräsident und Parteiinstanzen der NSDAP drohten mit mehrjährigem Zuchthaus wegen Sabotage. Die Arbeitslosen liessen sich nicht einschüchtern; das Lager musste aufgelöst werden. Auf den Entlassungspapieren wurde Arbeitsverweigerung eingetragen, ein Vermerk, der mehrwöchigen Unterstützungsentzug bedeutet. Die Belegschaft wies diese Papiere zurück und

setzte durch, dass ein neutraler Vermerk in die Papiere eingetragen wurde. Wo es den Arbeitern gelingt, die SA-Proleten mitzureissen, müssen die Nazibonzen nachgeben.

150 Mann bekommen "Arbeit". (I.T.F.) Von Berlin nach Stettin wird eine Autostrasse gebaut, die durch die Provinzen Brandenburg und Pommern läuft. Als die letzte Brandenburger Bau-Kolonne die pommersche Provinzialgrenze erreichte, wurde das erhebende Fest des ersten Spatenstichs auf pommerschem Boden veranstaltet. Die Arbeitsämter vermittelten 150 Erwerbslose zur Baustelle, der nationalsozialistische Gauleiter hielt eine Rede, Generalstabsoffiziere der Reichswehr und die Spitzen der Behörden hörten andächtig zu. Mit einem vernickelten Spaten vollzog der Gauleiter dann die Zeremonie des ersten Spatenstichs, eine Lore (Kippwagen) wurde mit Erde gefüllt, und die Filmoperateure filmten die feierliche Angelegenheit für die Wochenschau der Kinos und die illustrierten Zeitungen - das Fest war aus.

Was weiter kam, wurde nicht gefilmt. Nach Beendigung des feierlichen Aktes wurden die 150 enttäuschten Arbeitslosen nach Hause geschickt. Damit ihre Gesichter die rechte Festfreude ausdrückten, hatte man ihnen Arbeit versprochen; jetzt gehen sie wieder stempeln. Kein Mensch weiss, wann die Arbeit endgültig aufgenommen werden soll. Aber der vernickelte Spaten wird im Provinzialmuseum einer staunenden Nachwelt erhalten bleiben und in den Kinos läuft der Film von der "siegreichen deutschen Arbeitsschlacht".

Die Kulis des Nazi-Staatsrats. (I.T.F) Der nationalsozialistische Staatsrat Essberger, der Vorsitzende des Einheitsverbandes der deutschen Reeder, hat an der asiatischen Küste zwei Schiffe fahren. Von diesen Schiffen wurden jetzt die deutschen Seeleute abgemustert und nach Hause geschickt. Dafür wurden "minderrassige" Chinesen an Bord genommen, die zu Heuern arbeiten, zu denen sich kein deutscher Seemann hergibt. Wenn im Dritten Reich Programm und Profit in Widerstreit geraten, siegt stets der Profit über das Programm.

Klassenkampf und Rassenschwindel. (I.T.F.) Jüdische Arbeiter und Angestellte wurden im Dritten Reich wo immer möglich auf die Strasse geworfen, die jüdische Grossbourgeoisie aber verdient im Dritten Reich fast ungehindert weiter. Der "schlechtrassige" jüdische Unternehmer kommandiert als "geborener Betriebsführer" "reinrassige" deutsche Arbeiter, die jüdischen Bankiers unterstützen Hitlers Finanzgeschäfte. An der Ausgabe der neuen deutschen Reichsanleihe beteiligten sich ausser den Staatsbanken fast ausschliesslich jüdische Privatbankiers: S. Bleichröder, I. Dreyfus und Co., Mendelssohn und Co., Lazard-Speyer-Ellissen, E. Heimann, Gebruder Arnhold, Simon Hirschland, Jakob S. H. Stern, Delbrück, Schickler und Co., M. M. Warburg und Co., Strauss und Co., Salomon Oppenheim junior und Cie., A. E. Wassermann, A. Kohn.

Bankier Kohn und Nazi-Hitler vertragen sich ausgezeichnet, denn nicht Rassenschwindel, sondern Klasseninteressen bestimmen die Fronten auch des antifaschistischen Kampfes.

"Landesverrat". (I.T.F.) Der Traum der deutschen Autarkie ist ausgeträumt. Schiffahrt und Aussenhandel liegen darnieder, in den Hafenstädten steigt die Arbeitslosigkeit, selbst nationalsozialistische Journalisten rechnen mit Dauerarbeitslosigkeit der deutschen Seeleute und der im Aussenhandel beschäftigten Arbeiter und Angestellten." Auch nach der Beseitigung der unmittelbaren Krisenursachen würde das Volumen der Beschäftigung in Handel und Industrie bei weitem nicht so gross sein, wie es vordem in Hamburg und Bremen gewesen ist. Reederei und Überseehandel werden sehr wahrscheinlich in Zukunft mit einem wesentlich verkleinerten Apparat zu arbeiten haben". Zehntausende stehen vor dem Nichts.

Selbst Nationalsozialisten erkennen die Katastrophe, sie wehren sich gegen die Wirtschaftspolitik des Reiches. Der Reichsstatt-

halter Hamburgs hat unter dem Druck der verzweifelten Reeder und Grosskaufleute erklart: "Wir haben keine Veranlassung zu verschweigen, dass wir aus der Entwicklung unserer Wirtschaft und unseres Arbeitsmarktes feststellen müssen, dass Deutschland ohne In- und Ausfuhr einfach nicht leben kann". Der Leiter der nationalsozialistischen Parteizentrale für Wirtschaftspolitik hat sich gegen diese Auffassung scharf zur Wehr gesetzt: "Es ist Landesverrat, wenn erklärt wird, die Arbeitsschlacht kann nur gewonnen werden, wenn der Aussenhandel in Ordnung kommt". Selbst Nationalsozialisten, die sich gegen den Wahnsinn der braunen Parteipäpste zur Wehr setzen, werden zu Landesverrätern gestempelt, ein Zeichen der Ausweglosigkeit der erleuchteten Führung des Dritten Reiches.

Geschickter schwindeln! (I.T.F.) Im April 1934 hatten die Agitatoren der Deutschen Arbeitsfront im westfälischen Industriegebiet der Arbeiterschaft erzählt, dass Hitler, der allmächtige Führer, am 1. Mai eine 10%ige Lohnerhöhung befehlen werde. Teile der nationalsozialistischen Arbeiterschaft haben trotz aller Enttäuschungen dieses Versprechen geglaubt und marschierten mit hochgespannten Erwartungen zu den Maifeiern. Aber Hitler sprach in seiner Mairede kein Wort von Lohnerhöhung, er pries im Gegenteil die ins Arbeitslager gesperrten Jungarbeiter, die für 27 Rpf. täglich arbeiten müssen als Vorbild für die gesamte Arbeiterschaft. Statt einer Lohnerhöhung kam mit den Werktarifen eine Senkung des Nominallohns, für den bei den steigenden Preisen täglich weniger gekauft werden kann. Die gitatoren der westfälischen Arbeitsfront redeten dennoch weiter von Lohnerhöhung, bis plötzlich in allen Zeitungen stand: "Der Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront in Münster (Westfalen) warnt vor den in letzter Zeit in der Arbeiterschaft verbreiteten Gerüchten, dass angeblich vom Mai ab eine 10%ige Lohnerhöhung zu erwarten sei".

Bei den Nationalsozialisten gab es jetzt lange Gesichter; die antifaschistischen Arbeiter amüsierten sich köstlich. Sie nahmen die Warnung als unfreiwilligen Witz. Die Leitung der Deutschen Arbeitsfront griff ein. Am 18. Juni wurde der Bezirksleiter abgesetzt und die Leitung der westfälischen Arbeitsfront von Münster nach Essen verlegt, wo sie unter Kontrolle der Gauleitung der NSDAP gestellt wurde, die dafür sorgen soll, dass künftig etwas geschickter geschwindelt wird und die Propagandakanone nicht wieder nach hinten los geht.